

Mehr Angst vor Hunden als vor Wolf

SCHWARZENBURG An einem Informationsabend wurde klar: Das Wolfspärchen im Gantrischgebiet sorgt für weniger Ärger als die Herdenschutzhunde.

«Der Wolf ist da. Ein hundertprozentiger Schutz ist unmöglich, die Präsenz des Wolfs erfordert aber Schutzmassnahmen.» Das sagt der Herdenschutzverantwortliche Martin Manz am Informationsabend über den Wolf in Schwarzenburg. Und räumt ein, dass Schutzmassnahmen auch Probleme mit sich bringen. Zum Beispiel die Herdenschutzhunde: Sie bellen, sie machen Wandern Angst, attackieren. «Wenn das passiert, werden diese Hunde aus dem Programm genommen», versichert Manz. Aus dem Saal schlägt ihm Widerspruch entgegen. Zahlreiche Leute berichten von Problemen mit Herdenschutzhunden. So seien im Simmental Rinder von Hunden angegriffen worden, nicht von Wölfen, sagt einer. «Man muss vor den Hunden mehr Angst haben als vor den Wölfen», sagt jemand. Das Problem mit diesen Hunden werde nicht ernst genommen, ruft ein Mann. Manz verspricht, diesen Schwierigkeiten mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bis anhin.

Vier Wolfsexperten

Gleich zu Beginn der Veranstaltung hatte Jagdinspektor Niklaus Blatter erklärt: «Wir sind nicht hier, um Wolfsgegner zu Wolfsfreunden zu machen.» Die Veranstaltung sei eine Information über den Wolf und keine Podiumsdiskussion. Fragen könnten nach den Referaten gestellt werden. Im Saal sitzen über 200 Personen.

Claudio Spadin, Wildhüter aus Graubünden, berichtet über das achtköpfige Wolfsrudel im Calandatal, Einwanderer aus Italien. Spadin erzählt von Begegnungen mit den Tieren, zeigt Fotos und erklärt, wie Wölfe als solche erkannt werden könnten: an den Spuren im Schnee, an den durchgebissenen Röhrenknochen ihrer Beute, am Kot.

Der Wolf gewöhnt sich an die Menschen und bewegt sich zunehmend in deren Nähe. Deshalb warnt Spadin davor, in Wolfgebieten Abfälle und Futternäpfe draussen stehen zu lassen oder die Tiere gar anzufüttern. Er gibt aber auch Entwarnung und betont, dass es in den letzten Jahren keine Angriffe auf Menschen oder Hunde gegeben habe. Denn der Wolf ist da.

Ausdauernde Wanderer

Ralph Manz von Kora (Raubtierökologie und Wildtiermanagement in der Schweiz) erläutert die Biologie des Wolfs und wozu viele Tiere aufhalten – beispielsweise im Gantrischgebiet, wo das Wolfspärchen M64 und F13 lebt. Es ist schwierig, die Tiere zu überwachen, da sie nicht nur ein Gebiet von bis zu 250 Quadratkilometern bewohnen, sondern auch lange Wanderungen unternehmen.

«95 Prozent der Nahrung eines Wolfs besteht aus Huftieren», erklärt Manz. Nur: Von 1999 bis 2016 wurden in der Schweiz 3057 Nutztiere gerissen. Diese Zahl löst Fragen aus: Was kostet die Überwachung des Wolfs? Was tut er, wenn keine Nutztiere auf den Alpen sind? Manz sagt, dass der Wolf sich dann von Wild ernähre, dessen Bestand hoch sei. Aber auch Wölfe gibt es mittlerweile einige. 2016 waren es 40 Tiere. Der Wolf ist da. *Laura Fehlmann*

Werbung auf dem Buckel der Kinder

SCHULEN Interdiscount will Kindergärten gratis Leuchtwesten abgeben. Inklusive einer auffälligen Werbung auf dem Rücken. Der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer hat gar keine Freude an diesem Angebot: Kinder würden für Werbezwecke missbraucht.

Die Botschaft tönt gut. Interdiscount liege «die Sicherheit von Kindern sehr am Herzen», teilte der Discounter für Unterhaltungselektronik mit. Deshalb hat Interdiscount mit Sitz in Jegenstorf 25 000 Leuchtwesten produzieren lassen und verteilt diese auf das kommende Schuljahr hin gratis an interessierte Kindergärten. Damit sollten die Kleinen den Weg zum Kindergarten sicher meistern, betont Interdiscount. Auf dem aktuellen Prospekt macht die Coop-Tochter gross Werbung für die Aktion.

Das Angebot hat aber eine Kehrseite, respektive steht prominent auf der Rückseite der Leuchtweste: das Logo von Interdiscount. Die Kindergärtler, die eine Leuchtweste erhalten, werden zur wandelnden Werbesäule. Interdiscount erachte die Aktion als «sinnvoll und notwendig», erklärt Sprecherin Nadine Käser. «Wenn wir so helfen, Unfälle zu vermeiden, dann haben wir ein sehr sinnvolles Sponsoring lanciert.» Bei Sponsoringaktivitäten sei es üblich, dass das Logo aufgedruckt sei. Wie viel sich das Unternehmen die Leuchtwesten kosten lässt, gibt Nadine Käser nicht bekannt.

Altes Anliegen

Auslöser des Engagements von Interdiscount war eine Anfrage des Elternrats Münchenbuchsee. In Buchsi seien die Leuchtwesten für die Kindergärtler schon länger ein Thema, sagt Präsidentin Sibylle Grau. Solche Westen seien besser sichtbar als der zur Verfügung gestellte Leuchtgrau. Grau verweist auch auf Empfehlungen der Kantonspolizei. Auf Anfrage schreibt die Medienstelle der Kapo unter anderem, man empfehle, das Reflexmaterial so anzubringen, dass es von allen Seiten sichtbar sei.

Dem Elternrat Münchenbuchsee kam sofort der TCS in den Sinn, der seit 2014 an alle Erstklässler Leuchtwesten abgibt. Vom TCS gab es aber eine Absage. TCS-Sprecher Daniel Graf be-



Sicher über die Strasse dank Interdiscount. Der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer missbilligt diese Aktion. Kinder werden so zu Werbeplakaten. *zvg*

stätigt, dass es in letzter Zeit Anfragen gab, auch Kindergärten mit Leuchtwesten auszurüsten. Man nehme diese Anliegen sehr ernst, ergänzt Graf. Deshalb fasst der TCS ins Auge, in Zukunft ebenfalls in Kindergärten Leuchtwesten zu verteilen. Aktuell gibt es Leuchtgürtel. Diese seien einfacher zu handhaben und würden ebenfalls die Verkehrssicherheit erhöhen, begründet Graf. Zudem seien die Kindergärtler meistens in Gruppen oder in Begleitung Erwachsener unterwegs.

Also machte sich der Elternrat, nach einer internen Abstimmung, auf Sponsorensuche und schrieb verschiedene Firmen an. Interdiscount habe sofort reagiert, blickt Sibylle Grau zurück: «Wir waren happy, dass jemand unsere Idee unterstützt.»

Der Elternrat war sich bereits im Vorfeld der Sponsorensuche bewusst, dass eine Firma als Gegenleistung ihr Logo platzieren wolle. Man habe in Kauf genommen, dass das nicht allen gefallen werde, sagt Sibylle Grau, aber: «Für uns hat die Sicherheit der Kinder höchste Priorität.» Sie verweist auf viele andere Gemeinden, die Leuchtwesten

ebenfalls über Sponsoring angeschafft haben, inklusive des aufgedruckten Firmenlogos. Das sei weit verbreitet.

Plumpe Werbung

Beim Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) hat man gar keine Freude an der Leuchtwestenaktion von Interdiscount. «Wir sehen das nicht gern», sagt Jürg Brühlmann, Leiter Pädagogik beim LCH.

Dem Lehrerverband sei die Sicherheit der Kinder auch ein grosses Anliegen, aber mit dem prominent angebrachten Fir-

menlogo komme das eher als plumpe Werbung daher. Schulen müssten neutral sein und auf Werbung verzichten. Sie trügen eine besondere Verantwortung gegenüber den Schülkern.

Brühlmann verweist auf eine Charta, in der Grundzüge für das Engagement von Unternehmen in Schulen – im Unterricht und im Umfeld – formuliert sind. Dort heisst es unter anderem, dass Schulkinder nicht als Werbeträger eingesetzt werden sollen. Die Unternehmen, welche die Charta unterschrieben haben, verzichten auf Product-Placement. So

hat der LCH auch den TCS und den VCS gebeten, ihr Logo auf der Innenseite der Westen anzubringen, die sie abgibt.

Der Lehrerdachverband wird das Gespräch mit Interdiscount suchen und das Unternehmen auf die Problematik hinweisen und auffordern, die Charta zu respektieren. «Wir müssen das schnell unterbinden, sonst gibt es Nachahmer», sagt Jürg Brühlmann. Er hofft, dass Schulen die Aktion boykottieren oder Eltern sich weigern, dass ihre Kinder die Leuchtwesten tragen.

Charta unbekannt

Bei Interdiscount stösst das Angebot derweil auf grosses Interesse. «Wir haben sehr viele Anfragen aus fast allen Kantonen erhalten», erklärt Sprecherin Nadine Käser, die von der Charta des Lehrerverbands keine Kenntnis hat. Bisher habe es nur positive Rückmeldungen gegeben. Sollten in diesem Jahr alle Westen verteilt werden, prüfe man eine Wiederholung im nächsten Jahr. Das Logo werde dann wieder in einer Art abgebildet sein.

Der Dachverband der Lehrer wird genau hinschauen. Mit Sicherheit. *Hans Ulrich Schaad*

DIE CHARTA IST EINE SINNVOLLE SACHE

Der Kanton Bern kenne keine Richtlinien, wie in Schulen mit Sponsoring umgegangen werden solle, erklärt Erwin Sommer, Vorsteher des Amts für Kindergarten und Volksschule. **Die Grenzen seien fließend, nicht jede Sponsoringaktion sei gleich störend.** Der Kanton könne basierend auf der Verfassung dort intervenieren, wo der **Grundsatz der konfessionellen und politischen Neutralität verletzt werde.**

Die Erziehungsdirektion begrüsse die **Charta des Dachverbands der Lehrer und erachte diese als sinnvolle Handhabung für Schulen**, sagt Sommer. Die Schulen könnten aber **nicht dazu verpflichtet werden.**

Der Schulweg selber fällt in die Verantwortung der Eltern. Die Gemeinden sind verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Schulwege zumutbar und sicher sind. **Bei der Wahl der Massnahmen sind die Gemeinden autonom.** *hus*

Städte kämpfen gegen Sparpläne

SOZIALHILFE Verschiedene Städte und Gemeinden wehren sich gegen die Kürzungen in der Sozialhilfe. Sie haben unter der Leitung der Stadt Bern Alternativen ausgearbeitet.

Hunderte Menschen protestierten diese Woche auf dem Rathausplatz gegen die Sparpläne in der Sozialhilfe von SVP-Fürsorgedirektor Pierre Alain Schnegg. Während die Bürger auf der Strasse Transparente in die Höhe hielten und Parolen skandierten, wurde auch hinter den Kulissen daran gearbeitet, die vorgeschlagenen Kürzungen beim Grundbedarf zu verhindern.

Wie Recherchen zeigen, erarbeiteten Fachpersonen aus den Gemeinden Bern, Biel, Burgdorf, Langenthal, Ostermündigen und Ittigen in den letzten Wochen «alternative Optimierungsvorschläge» für die Sozialhilfe. Federführend ist die Stadtberner Gemeinderätin Franziska Teuscher (Grüne). Sie hat die kanto-

nalen Sparpläne von der ersten Stunde an kritisiert.

Köniz und Thun nicht dabei

Spruchreif ist laut Teuscher noch nichts. Das Papier müsse zuerst bereinigt werden. «Mit unseren Vorschlägen wollen wir aufzeigen, dass Einsparungen möglich sind, ohne den Grundbedarf gemäss der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe zu kürzen», sagt sie. Die Städte und Gemeinden hätten sich zusammengesetzt, weil Regierungsrat Schnegg auf eine weitere Vernehmlassung zu seinen Vorschlägen verzichtet wolle. «Deshalb haben wir nach einer Möglichkeit gesucht, wie wir uns trotzdem konstruktiv einbringen können», sagt Teuscher. Gemeinsam hofft man nun, Gehör zu finden. Auffallend ist, dass Thun und Köniz – beide mit SVP-Präsidenten an der Spitze – bei der Aktion nicht mit von der Partie sind. Der zuständige Könizer GLP-Gemeinderat und Grossrat Thomas Brönnimann

nahm zwar an einem ersten Treffen teil. Dabei habe er aber gemerkt, dass er sich nicht daran beteiligen wolle. «Ich hatte das Gefühl, dass die Anwesenden gegen jegliche Art der Reform waren und für eine genaue Umsetzung der Skos-Richtlinien», sagt Brönnimann. Er aber sei der Meinung, dass eine Sozialhilfereform im Kanton Bern unabdingbar ist. Zudem habe sich Köniz nicht von den rot-grün dominierten Städten für einen «linken Angriff auf SVP-Regierungsrat Schnegg einspannen lassen wollen».

Ähnlich tönt es beim **Thuner SVP-Stadtpäsidenten und Grossrat Raphael Lanz**. Es habe sich abgezeichnet, dass keine gemeinsame Stossrichtung gefunden werden könne. Für **Lanz** ist zudem klar, dass er nun erst einmal die politische Diskussion abwarten wolle.

Kritik aus Biel

Wohieso ist derzeit noch unklar, welche Gemeinden sich definitiv

hinter die alternativen Vorschläge stellen werden. Entsprechende Entscheidungen in den Exekutiven stehen teilweise noch aus – so etwa in Biel. Dort hat die Erarbeitung des Papiers sowieso für Missstimmung gesorgt. Der zuständige SVP-Sozialdirektor Beat Feuerer fühlt sich von Franziska Teuscher hintergangen. «Sie hat versucht, das Thema hinter meinem Rücken im Gemeinderat zu platzieren», sagt Feuerer. Zudem sei das Dokument erarbeitet worden, ohne dass sich die politisch zuständigen Vorgesetzten genügend hätten einbringen können. «Nach einem Kompromiss zwischen den verschiedenen Positionen wurde nicht gesucht.»

Franziska Teuscher weist die Kritik von sich. «Die Stadt Bern hat sich mit einem Schreiben an den Bieler Gemeinderat gewandt und ihn angefragt, ob er die alternativen Vorschläge unterstützen wolle», sagt sie. Das Vorgehen sei völlig transparent gewesen und das Verfahren absolut korrekt.

Seit SVP-Regierungsrat Pierre Alain Schnegg Anfang Jahr eine dritte Vorlage der Sozialhilfegesetzesrevision vorgestellt hatte, wurde die Kritik daran immer breiter. Insbesondere linke Parteien opponierten, ebenfalls die Berner Konferenz für Sozialhilfe. Schnegg will mit den vorgesehenen Massnahmen zwischen 15 und 25 Millionen Franken sparen.

Geplant ist eine generelle Kürzung des Grundbedarfs um 10 Prozent unter die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe. Jungen Erwachsenen und vorläufig Aufgenommenen wird der Grundbedarf gar bis zu 30 Prozent gekürzt.

Dafür sollen Sparmassnahmen bei den Integrationszulagen rückgängig gemacht und die Einkommensfreibeträge erhöht werden. Die aktuellen Vorschläge gehen auf einen vom Grossen Rat 2013 überwiesenen SVP-Vorstoss zurück.

Marius Aschwend